

# TTIP

## Kritik am geplanten Freihandelsabkommen zwischen EU und USA

Dr. Axel Troost

Oktober 2015



## TTIP – Worum geht es?

### Ziele:

Förderung des transatlantischen Handels durch

- Senken von Zöllen und Abbau weiterer Handelshemmnisse für erleichterten Marktzugang für ausländische Firmen
- Schutz von Investoren vor nachteiligen Gesetzesänderungen

### Versprechen:

Intensivierung der Handelsbeziehungen soll

- Wachstumsimpulse erzeugen für zusätzliche Arbeitsplätze
- das Realeinkommen steigern (niedrigere Preise für Konsumenten)

### Befürchtungen und Kritik:

**Intransparenz – Senkung von Standards – Klageflut –  
Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat**



# Hintergrund: Freihandels-Dogma

## Ideologie des Freihandels ist 250 Jahre alt (David Ricardo)

- Freihandel vermehre den Wohlstand aller
- Bei Öffnung der Grenzen für den internationalen Handel steige das Volkseinkommen aller beteiligten Länder
- Jedes Land profitiere (auch wenn es insgesamt nur teurer produzieren könne), wenn es sich auf Produktion und Export jener Güter spezialisiert, die es zu relativ niedrigen Kosten herstellen kann.

## Erfahrungen:

- Industrieländer selbst entwickelten ihre Industrie nur durch Abschottung ihrer Märkte („Protektionismus“), nicht durch Freihandel
- Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA, 1994): Sinkende Löhne in USA und Kanada
- Freihandelsabkommen Südkorea-USA (KORUS-FTA, 2011): Verlust von 40.000 Arbeitsplätzen in einem Jahr

# Anläufe zur Handels-Liberalisierung

## 1997/98: Multilaterales Investitionsabkommen (MAI)

- „Masterplan für neoliberalen Freihandel“
- weitgehende Klagerechte für Konzerne vorgesehen
- scheiterte am öffentlichem Druck

## 2001: Multilaterale Verhandlungen der WTO

- Start der sog. Doha-Runde
- Streitpunkte: Agrarsektor, Investitionen, Wettbewerbspolitik, öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen
- Verhandlungen liegen seit Jahren auf Eis



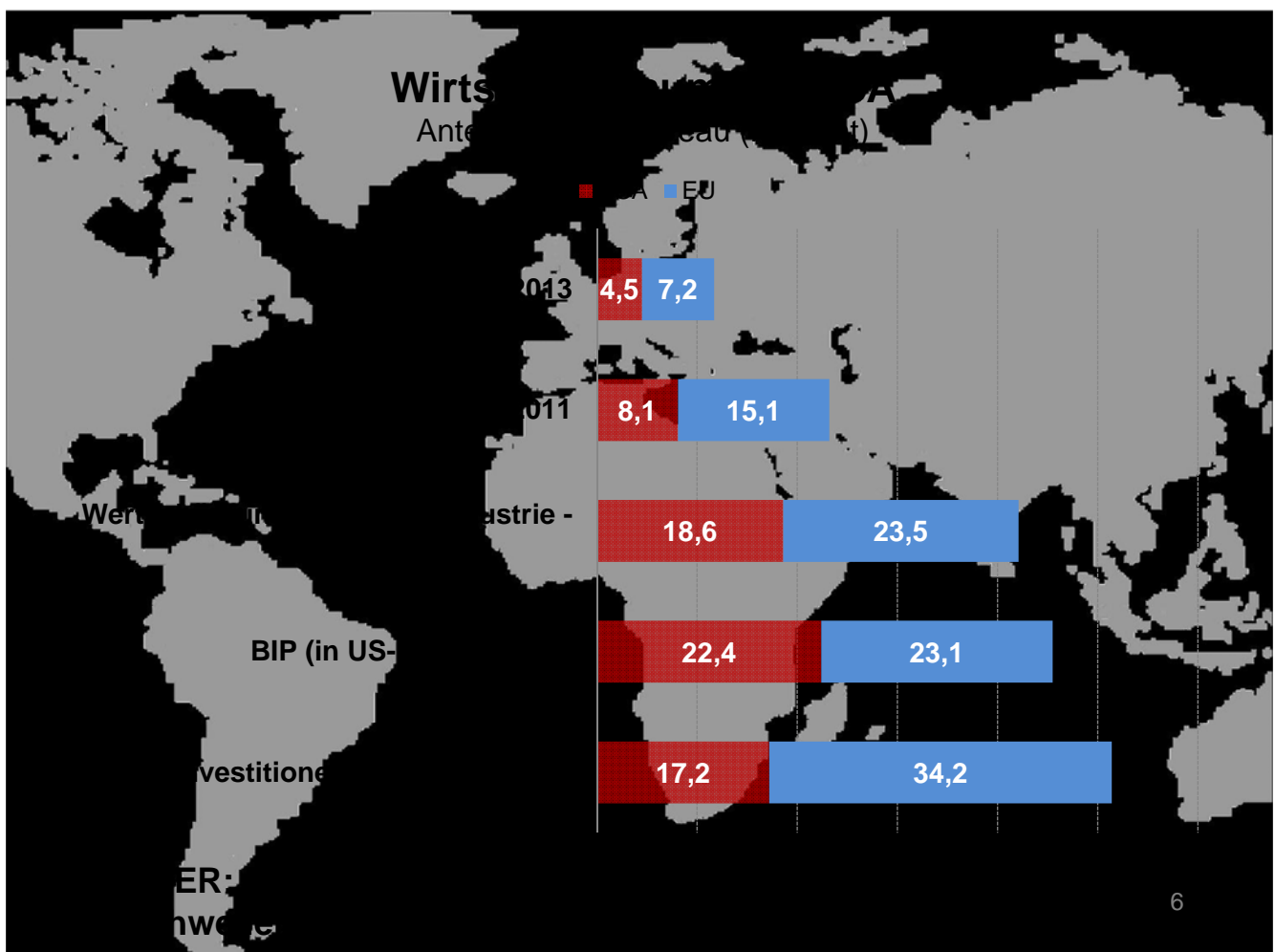
# Anläufe zur Handels-Liberalisierung

## Aktuell:

- neue Welle der Deregulierung und Liberalisierung
- nun vermehrt Abkommen zwischen jeweils zwei („bilateral“) Ländern bzw. Handelsräumen, weil leichter durchsetzbar als größere Abkommen („multilateral“)

## Verhandlungen:

- Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen EU und USA
- Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen EU und Kanada
- Trade in Services Agreement (TISA) zwischen EU, USA und 21 weiteren Ländern
- „im Windschatten“ kleinere Verträge (EU-Singapur und EU-Vietnam)



# Offizieller Zeitplan

- Juni 2013: EU-Regierungen geben **Mandat** (Beauftragung) zu TTIP-Verhandlungen – Wortlaut bleibt jedoch geheim
- September 2014: Das Verhandlungs-Mandat wird auf öffentlichen Druck hin veröffentlicht
- bisher **10 Verhandlungsrunden** abgeschlossen (Rahmen ist abgesteckt; Detailverhandlungen laufen)
- geplant für Ende 2015: offizieller **Abschluss** der Verhandlungen → allerdings nicht mehr einhaltbar, teilweise unklar ob noch vor US-Präsidentschaftswahlen Ende 2016
- geplant für 2017: **Ratifizierungsverfahren** (also offizielle Vertragsunterzeichnung). Weiterhin unklar durch **welche Institutionen**, ob nur durch Europa-Parlament oder auch durch die nationale Parlamente
- geplant für 2019: Ende des Ratifizierungsverfahrens und vollständiges **Inkrafttreten von TTIP**

## Was sind die Kritikpunkte?

1. Verhandlungsauftrag und -prozess sind intransparent und undemokratisch
2. Drohende Absenkungen von Verbraucher- und Umweltschutz sowie Arbeitnehmerrechten
3. Neoliberale Medizin wirkungslos: euphorische Wachstums- und Beschäftigungs-Prognosen fragwürdig bis widerlegt
4. Angriff auf die Demokratie: Klagerechte von Konzernen bei Profitschmälerung durch Gesetzesänderungen („Investitionsschutz“) zementiert heutige Gesetzeslage

# Transparenz à la EU-Kommission

- **Geheimverhandlungen** hinter verschlossenen Türen
- **Verhandlungsmacht alleine bei EU-Kommission** – keine Entscheidungsrechte für EU-Parlament und Mitgliedstaaten
- **Zugang zu Verhandlungsdokumenten** nur für 139 Personen der Regierung und Ministerien - aber für keinen der 631 demokratisch gewählten deutschen Bundestagsabgeordneten (diese sollen nun vielleicht bis Ende des Jahres Zugang bekommen)



## Welche Bereiche sind betroffen?

Auf beiden Seiten des Atlantiks droht in vielen Bereichen die Absenkung eigener Standards bzw. die gegenseitige **Anerkennung des jeweils schwächerer Standards**:

- Öffentliche Dienstleistungen, Bildung, Kultur
- Öffentliche Beschaffung
- Klimaschutz, Energiepolitik
- Immaterialgüter-Rechte (Patente)
- Landwirtschaft (Gentechnik, Pestizide, Fleischerzeugung/Tierschutz)
- Arbeitnehmerrechte
- Chemikalienpolitik
- Finanzdienstleistungen
- Datenschutz
- Entwicklungspolitik?
- ...



# Wachstums- und Beschäftigungs-Prognosen fragwürdig bis widerlegt

- Exporte nach USA untergeordnete Rolle für Deutschland und EU
- Selbst Befürworter berufen sich auf von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie des Centre for Economic Policy Research (CEPR), die ein Mini-Wachstum zwischen 0,27 bis 0,48% bis 2027(!) prognostiziert
- Zudem Kritik an unrealistischen Annahmen und unwissenschaftlicher Argumentation. (z.B. Jagdish Bhagwati, Columbia University; oder Sabine Stephan in Studie für Friedrich-Ebert-Stiftung)

**→ Versprechen auf Wachstum und Beschäftigung völlig unglaubwürdig**

## Investitionsschutz: Demokratie und Rechtsstaat werden ausgehebelt

**Investoren können bei Gesetzesänderungen wegen entgangener Gewinne vor Schiedsgerichten klagen:**

- Nationaler Rechtsweg kann umgangen werden
- Entscheidung hinter verschlossenen Türen
- Interessenskonflikte: Richter dürfen vor und nach Amtszeit als Anwälte die Unternehmens-Interessen vertreten
- Schiedsspruch verbindlich, keine Berufung möglich
- Benachteiligung inländischer Unternehmen (ihnen bleibt nur der herkömmliche, nationale Klageweg)
- Hochkomplexe und teure Prozesse nur für Großkonzerne attraktiv, kleine Unternehmen und Kommunen können sich schlecht wehren

# Investitionsschutz: Demokratie und Rechtsstaat werden ausgehebelt

*„Ein solches Schlupfloch würde die Errungenschaften von*

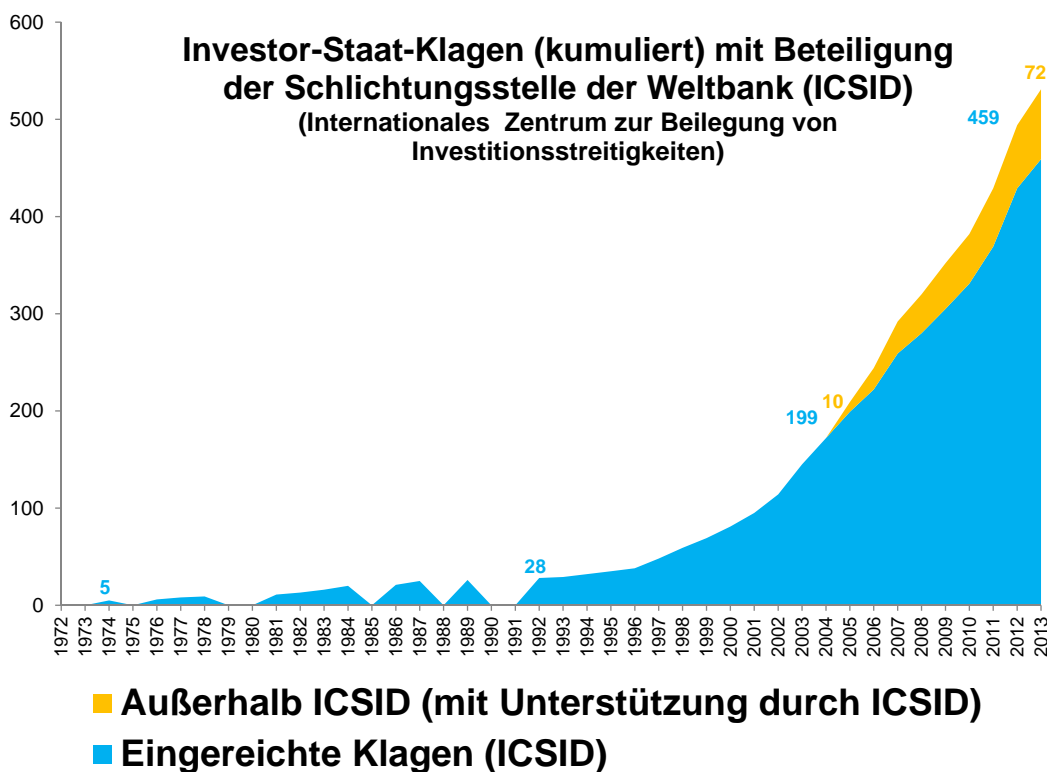
- 150 Jahren Arbeiterbewegung,*
  - 100 Jahren Frauenbewegung und*
  - 50 Jahren Umweltbewegung*
- mit einem Federstrich zerstören.“*

**Barbara Hendricks, Bundesumweltministerin (SPD)**  
(Spiegel Online, 03.02.2014)

## Beispiele für Schiedsverfahren

- **Zigaretten:** Philipp Morris klagt gegen Uruguay und Australien wegen Warnhinweisen auf Zigarettenschachteln
- **Daseinsversorgung:** Argentinien verhängt nach Wirtschaftskrise 2001/2002 Preis-Obergrenzen für Strom, Gas und Wasser - ausländische Konzerne klagen
- **Kohlekraftwerke:** Höhere Umweltauflagen für Kraftwerk Hamburg-Moorburg nach Wahl von Rot/Grün, Vattenfall-Klage auf 1,4 Mrd. Euro – 2010 der Vergleich: Hamburg muss einlenken und Auflagen absenken
- **Atomausstieg:** Vattenfall verklagt Deutschland 2009 auf 4,6 Mrd. Euro Schadenersatz wegen entgehender Gewinne verkürzter Restlaufzeiten (Krümmel und Brunsbüttel)
- **Und das könnte erst der Anfang gewesen sein!**

## Rasante Zunahme vom Klagen



## Druck auf Schiedsgerichte folgenlos

**Öffentlicher Druck** gegen geheime und privat besetzte Schiedsgerichte ohne Revisionsmöglichkeit steigt:

- EU-Kommission schlägt besondere Auswahlkriterien und Berufungsmechanismus für Schiedsgerichte vor
- EU-Außenkommissarin Malmströms Vorschlag „Investment Court System“ (weitgehend ISDS-Schiedsgerichte in neuem Gewand)
- Wirtschaftsminister Gabriel bringt „öffentlichen Handelsgerichtshof“ als Alternative in Spiel

**Vorschläge jedoch folgenlos:**

- weiterhin würde ein paralleles Rechtssystem entstehen, maßgeschneidert nach Konzerninteressen
- EU hält an CETA-Verhandlungsergebnissen fest, und für TTIP wollen EU wie USA keine Änderungen mehr akzeptieren
- **Daher: TTIP ist nicht reformierbar, sondern nur ablehnbar !**



## Fazit: DIE LINKE lehnt TTIP ab !



- Intransparente und undemokratische Verhandlungen
- Absenkung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards
- Ausbleibendes Wachstum oder Arbeitsplätze
- Stärkung von Konzernen gegenüber demokratischen Regierungen und Einschränkung von Gesetzgebung

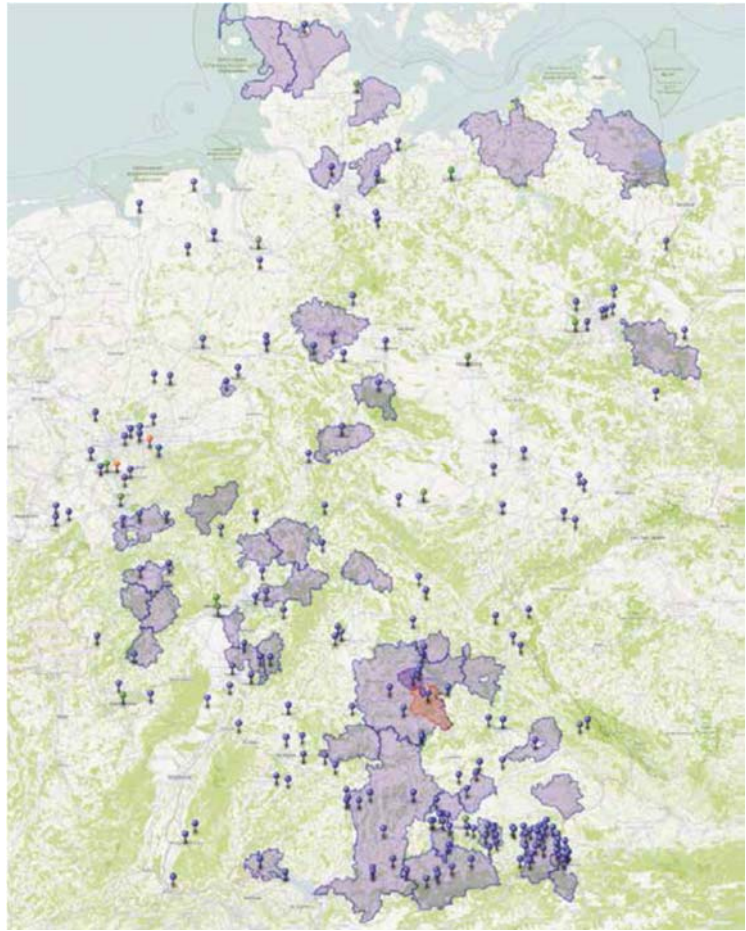


# Gemeinsam kämpfen!

**EU-Weit** über 500  
Initiativen engagiert  
gegen TTIP, CETA &  
Co

In **Deutschland** über  
250 Städte, Kreise und  
Gemeinden gegen  
TTIP, CETA & Co

Breites Bündnis für  
große Demonstration  
am 10. Oktober in  
**Berlin**



**Vielen Dank!**

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG